

Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin

Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin
Postfach 16 01 44 · 19091 Schwerin



Gegen Empfangsbekanntnis

e.n.o. energy projekt GmbH
z.H. Herrn Karsten Porm
Straße am Zeltplatz 7

18230 Ostseebad Rerik

Bearbeiter: Herr Rappmann
Telefon: 0385 / 5 95 86 – 411
Fax-Nr.: 0385 / 5 95 86 – 572
AZ: StAUN SN 410a-5712.0.106-6025094
Datum: 05. November 2009

Betr.: Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen gemäß § 15 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

hier: Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern (Nr. 1.6 Spalte 2 des Anhangs der 4. BImSchV) am Standort Plauerhagen

Bezug: Ihre Anzeige vom 01.10.2009

In Ihrem o.g. Anzeigeverfahren ergeht folgender

Bescheid

1.

Die von Ihnen, der Firma e.n.o. energy projekt GmbH, angezeigten Änderungen der acht WEA am

Standort: 19395 Barkhagen, OT Plauerhagen
Gemarkung: Plauerhagen
Flur: 1 und 2
Flurstücke: 34, 42, 44 (Flur 1) und 41/8, 43 (Flur 2)

bedarf nach Prüfung der vorliegenden Unterlagen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keiner Genehmigung nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG).

2.

Dieser Bescheid ist gebührenpflichtig. Sie tragen die Kosten des Verfahrens. Es wird eine Gebühr in Höhe von **100,00 EUR**, in Worten einhundert Euro, festgesetzt. Bitte überweisen Sie den o.g. Betrag unter Verwendung des beiliegenden Überweisungsträgers bis zum **07. Dezember 2009** auf folgende Bankverbindung:

Hausanschrift:
Bleicherufer 13
19053 Schwerin

Telefon: 0385/59586-0
Fax: 0385/59586-570
E-Mail: poststelle@staunsn.mv-regierung.de

Empfänger: Landeszentralkasse M-V
Konto – Nr.: 140 015 18
BLZ: 130 000 00
Bank: Bundesbank Filiale Rostock
Kassenzeichen: 0160300538098

Die Gebühr wird mit Bekanntgabe dieser Entscheidung fällig. Bei verspäteter Zahlung werden Säumniszuschläge gemäß § 18 VwKostG M-V erhoben.

II Begründung

1.

Mit Schreiben vom 01. Oktober 2009, eingegangen am 06. Oktober 2009, zeigten Sie gemäß § 15 Abs. 1 BImSchG Änderungen für die mit dem Genehmigungsbescheid Gez.: 18/09 vom 24.04.2009 genehmigten acht Windenergieanlagen (WEA) Typ e.n.o. 82 - 2,0 MW bei mir an. Die Anzeige betrifft die Änderung der Nabenhöhen von 108 m auf 101 m.

2.

Mit Datum vom 03. November 2009 wurde der Eingang der Anzeigeunterlagen bestätigt. Die Prüfung auf Vollständigkeit hat ergeben, dass die Unterlagen als vollständig anzusehen sind.

3.

Die Prüfung der eingereichten Anzeige ergab, dass keine nachteiligen Auswirkungen i. S. des § 16 Abs. 1 Satz 1 BImSchG hervorgerufen werden, sofern sichergestellt ist, dass die öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes beachtet bzw. eingehalten werden.

4.

Die Entscheidung über Ihre Anzeige nach § 15 des Bundesimmissionsschutzgesetzes ist gemäß § 2 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (VwKostG M-V) i.V.m. der Kostenverordnung für Amtshandlungen beim Vollzug der Immissionsschutzgesetze und ihrer Durchführungsverordnungen (Immissionsschutz-Kostenverordnung - ImSchKostV M-V) gebührenpflichtig.

Die Gebühr wird nach der u.g. Gebührennummer des zweiten Teils des Gebührenverzeichnisses der ImSchKostV M-V i.V.m. §§ 9 und 10 VwKostG M-V wie folgt festgesetzt:

Gebühr gemäß Gebührennummer 201.8 b:
(Mindestgebühr)

100,00 EUR

III Hinweise

1.

Im Rahmen dieses Bescheides wurden lediglich immissionsschutzrechtliche Belange geprüft, eine Konzentrationswirkung nach § 13 BImSchG ist damit nicht verbunden.

2.

Dieser Bescheid stellt keine Genehmigung dar. Andere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen sind daher durch Sie gesondert bei den jeweils zuständigen Behörden zu beantragen.

Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auf evtl. notwendige Baugenehmigungen, wasserrechtliche Erlaubnisse bzw. gewerbeaufsichtliche Genehmigungen.

3.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Änderung der angezeigten Maßnahme einer erneuten Prüfung bedarf.

4.

Dieser Bescheid ist den Genehmigungsunterlagen beizufügen.

IV

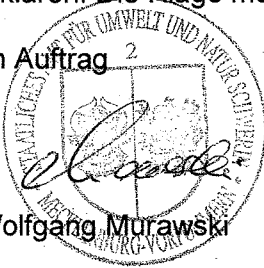
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Schwerin, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift zu erklären.

Ohne Durchführung des Vorverfahrens nach § 68 VwGO kann durch den Antragsteller (Genehmigungsinhaber) bei Entscheidungen nach den §§ 4, 8, 8a, 9, 12, 15 Abs. 2 Satz 2 und 16 BImSchG Klage erhoben werden.

Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Schwerin, Wismarsche Str. 323a, 19055 Schwerin schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen.

Im Auftrag



Wolfgang Murawski